

SPIEGEL Titel

„Eine Kooperation auf neuem Niveau“

Beim Staatsbesuch in der Sowjet-Union will Bundespräsident Richard von Weizsäcker diese Woche eine Generalüberholung der deutsch-sowjetischen Beziehungen einleiten – und wird damit nicht zuletzt den

Kanzler korrigieren, der tolpatschig und nachlässig die Beziehungen zu Moskau gefährdete. Im Gegensatz zu Helmut Kohl sieht der Präsident in Gorbatschows Reformkurs eine große Chance auch für den Westen.

Der Bundespräsident sagte dem Bundeskanzler, lieber wolle er seine Reise in die Sowjet-Union absagen. Er sei nicht bereit, so Richard von Weizsäcker zu Helmut Kohl, sich in Moskau als „Sühneprinz“ vorführen zu lassen, bei den Sowjets um Verzeihen heischend, weil der Kanzler den KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow durch seinen Vergleich mit dem Nazi-Verbrecher Joseph Goebbels schwer beleidigt hatte.

Er werde den Staatsbesuch nur machen, fuhr der Präsident fort, wenn Kohl und seine Regierung darin das erste Glied einer Kette sähen und ernsthaft einen Neubeginn in den deutsch-sowjetischen Beziehungen versuchten, wenn also dem Kanzler an einer tragfähigen Zusammenarbeit mit dem neuen Mann im Kreml wirklich gelegen sei. Darauf komme es Gorbatschow, so wie er ihn einschätze, vornehmlich an.

Der Kanzler gab dem Präsidenten sein Wort – zuerst in jener fast vierstündigen Aussprache vor einigen Wochen und noch einmal beim letzten Vorgespräch am vergangenen Donnerstag.

So reist Richard von Weizsäcker an diesem Montag zu seiner, wie er sagt, „ganz wichtigen, vielleicht wichtigsten“ Staatsvisite im Kreml an. Und nicht zum Repräsentieren: Seit Jahrzehnten in der Entspannungspolitik engagiert, muß und will er formal in den engen Grenzen bleiben, die das Grundgesetz den Befugnissen des Bundespräsidenten gesetzt hat – aber dennoch große Politik betreiben.

„Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich“ – von dieser

Grundgesetzbestimmung in Artikel 59 aus leitet er seine Berechtigung her, um Seite an Seite mit FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher eine Grundüberholung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ins Werk zu setzen. Von Weizsäcker will mithelfen, die seit 1981 andauernde Zeit der Sprachlosigkeit zwischen Moskau und Bonn zu beenden.

Der erst von Kanzler Helmut Schmidt betriebene und dann von Nachfolger Kohl durchgesetzte Nato-Doppelbe-



Bundespräsident von Weizsäcker, Kanzler Kohl*: „Die Sowjet-Union ist kein PR-System“

* In der Villa Hammer Schmidt vor einem Porträt des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss.

schluß zur Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenwaffen, die vom Boden der Bundesrepublik aus sowjetisches Territorium bedrohen, hatte Moskau die Lust am freundschaftlichen Umgang mit Bonn gründlich verdorben.

Als Kohl dann auch noch prahlte, eine Eiszeit in den Beziehungen habe es trotz mancher Unkenrufe nicht gegeben, zürnte ihm nicht nur der Präsident in der Villa Hammerschmidt: Solches Gerede habe die Sprachlosigkeit verlängert.

Das soll nun anders werden. „Was gestört hat, stört bald nicht mehr“, sagt Genscher voraus. Er vertraut auf die doppelte Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite und erwartet „den Durchbruch“.

Für die Präsidenten-Visite im Kreml, mit der die „Pause“ – so der Gorbatschow-Berater und frühere Botschafter

ein Abrüstungsabkommen der Großmächte sein sollen.

Da hat die CDU/CSU dazugelernt. Als vor Jahresfrist Gorbatschow schon einmal ein „neues Blatt“ in den Beziehungen zur Bundesrepublik aufschlagen und die Phase der Sprachlosigkeit beenden wollte, beklagte er sich noch bei Außenminister Genscher, die Bundesregierung verhalte sich „völlig inaktiv“ und lasse es an eigenen Vorschlägen fehlen. Was Bonn zu bieten habe, sei „Washingtoner Politik in deutscher Übersetzung“. Gorbatschow damals: „Da können wir gleich vom Englischen ins Russische übersetzen.“

Diesmal wird der Sowjetchef noch weniger Zweifel lassen, daß er den direkten Dialog mit der Bundesrepublik wünscht. Denn die „neue Politik“ des dynamischen Generalsekretärs, der die

sicherung als eine Sowjet-Union, die sich abschließt und in den alten Denkschablonen verharrt.“

So „ermutigend“ Gorbatschows Kurs auf den Ostpolitiker von Weizsäcker wirkt, so besorgt macht ihn, daß die Ost-West-Beziehungen von bloßem Sicherheitsdenken beherrscht sind. Tatsächlich mangelt es dem Westen an einer langfristigen Perspektive, wie es im Verhältnis zur anderen Supermacht weitergehen soll. Die Verengung der Ost-West-Politik auf Rüstungskontrolle mache die Beziehungen zwischen Amerikanern und Sowjets anfällig.

Auch Weizsäcker ist der Meinung, daß mit einem Abrüstungsabkommen allein kein stabiler Friede garantiert ist. In der Rüstungskontrolle sieht er allenfalls den „ersten notwendigen Schritt zu einer systemöffnenden Kooperation“ zwischen West und Ost: „Wir müssen zusätzliche ‚Währungen‘ des Umgangs miteinander finden als nur militärische Macht.“ Es gehe nicht nur um neue Kredite oder Warenlieferungen, sondern um viel mehr – „um eine Kooperation auf qualitativ neuem Niveau“.

Zwar schätzt der Moskau-Reisende die Erfolgsaussichten des „neuen Denkens“ im Sowjetstaat skeptisch ein („Wir müssen auf dem Teppich bleiben“), doch ist er davon überzeugt, in Michail Gorbatschow einen Partner für diese neue Form der Zusammenarbeit zu finden.

Eine erfolgversprechende Kooperation mit Gorbatschows Reformstaat, für Weizsäcker eine „Annäherung infolge von Wandel“ in der Sowjet-Union, kann natürlich erst Wirklichkeit werden, wenn die Reformmaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich greifen. Der Präsident will aber schon jetzt den Sowjets Ausbildungshilfe bis hin zur Management-Ebene anbieten. Warum müsse eigentlich, fragt der Präsident beispielsweise, für Gorbatschow der Gedanke an eine „Harvard Business School“ in Moskau abwegig sein?

Natürlich sind solche Ideen auch für Weizsäcker „eine Möglichkeit, nicht mehr“. Wie sein Reisebegleiter Genscher warnt auch er vor der Unterstellung, die Sowjets könnten sich zu einer neuen Außenpolitik aus einer Position der Schwäche bereit finden. Genscher: Wer so denke und „mit verschränkten Armen dasitzt und abwartet, was uns der Generalsekretär bringt“, gebe sich „gefährlichen Illusionen“ hin. Wenn Gorbatschow in der Bundesrepublik einen bevorzugten Partner für seine „neue Politik“ innerhalb des „europäischen Hauses“ sehe, dann aus der Einsicht, daß er eine aktive Westpolitik nicht an Bonn vorbei treiben könne. Und dann müßte er als „letzten Teil der Normalisierung“, so analysierte das Auswärtige Amt, auch „den Besuch hochrangiger sowjetischer Vertreter in der Bundesrepublik“ folgen lassen. Allerdings rechnet in Bonn keiner damit, daß der Generalsekretär noch dieses Jahr kommt.



Moskau-Besucher Genscher, Gastgeber Gorbatschow*: Durchbruch erwartet

in Bonn Valentin Falin – in den deutsch-sowjetischen Beziehungen demonstrativ zu Ende geht, ist ein besserer Zeitpunkt nicht zu finden: Vorige Woche schien sicher, daß die Unterhändler der beiden Supermächte am Genfer Verhandlungstisch vor einem Vertrag über den weltweiten Abbau der atomaren Mittelstreckensysteme stehen. Die globale Klimaverbesserung ist Weizäckers Chance.

Wäre der Staatsgast aus Bonn, wie eigentlich geplant, schon Mitte Mai angereist, hätte er wohl seinen Gastgebern das heillos Durcheinander in der konservativ-liberalen Koalition erläutern müssen, die monatelang über die doppelte Null-Lösung stritt. Jetzt muß der Gast den Sowjets nur erklären, daß die 72 Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr mit ihren amerikanischen Atomsprenköpfen selbst für die Rechten in der Kanzlerpartei kein Hindernis mehr für

Wirtschaft modernisieren und das verkrustete Sowjetsystem aufbrechen will (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 98), setzt Ruhe und Entspannung in den Außenbeziehungen voraus. Gorbatschow proklamiert ja nicht nur größere Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb des Sowjetsystems; er steht mit seinen weitreichenden Abrüstungsvorschlägen und -konzessionen wohl auch für eine neue sowjetische Außenpolitik.

Hier will Weizsäcker ansetzen. Gerade die Deutschen an der Grenze der Blöcke müssen sich, da sind Präsident und Außenminister einig, diese „neue Phase“ in den Ostbeziehungen für ihre Interessen nutzbar machen. „Eine Sowjet-Union, die auf Zusammenarbeit und Öffnung setzt“, so Genscher, „ist ein besserer Partner für die Friedens-

* Im Juli 1986; mit einem Dolmetscher.



Kanzler Kohl beim „Newsweek“-Interview, mit US-Präsident Reagan in Bittburg: „Happy newweek to you“

Den Kern seiner Moskauer Mission hat von Weizsäcker in einer Rede vor der amerikanischen Harvard-Universität Anfang Juni öffentlich dargelegt: „Abrüstung ist wichtig. Aber die Geschichte lehrt, daß zumeist nicht Abrüstung zum Frieden führt, sondern friedliche Zusammenarbeit zu geringerem Mißtrauen, zu weniger Angst, zur Abrüstung. Die Chance zur systemöffnenden Zusammenarbeit bietet sich.“ Es gelte, „sie kraftvoll und verantwortlich“ zu nutzen.

Und vom Harvard-Campus aus verkündete der Bundespräsident Artigkeiten gen Moskau, als öffentliche Wiedergutmachung für Beleidigungen der Sowjets durch zwei führende Politiker des Westens, die eine Weile lang die Ost-West-Beziehungen schwer belasteten:

„Auf der Tagesordnung steht kein apokalyptischer Endkampf zwischen dem Guten und dem Bösen“ – das ging gegen Ronald Reagan und sein Gerede von der Sowjet-Union als dem „Reich des Bösen“.

„Die Sowjet-Union ist weder so schwach wie ein nur ideologisch fundiertes Public-Relations-System noch so blind wie ein monomaner Weltrevolutionär“ – das zielte direkt gegen Helmut Kohls „Newsweek“-Äußerungen vom Oktober 1986, Gorbatschow verstehe etwas von Public Relations, wie Goebbels, „einer der Verantwortlichen für die Verbrechen der Hitler-Zeit“, auch Ex-

perte in Public Relations gewesen sei.

Doch ob all sein guter Wille ausreicht, die Schäden im Verhältnis Moskau/Bonn zu beheben, daran zweifelte von Weizsäcker letzte Woche noch. Er bleibt mißtrauisch, ob Kohl wirklich zu seinem Wort steht, die Mission des Bundespräsidenten als Beginn einer zukunftsreichen Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union zu nutzen.

Den Mann aus Oggersheim wurmt es, nicht an Stelle von Weizsäckers nach Moskau reisen zu dürfen. Gorbatschow hatte darauf bestanden, die Goebbels-Beleidigung sei nur durch den Besuch des bundesdeutschen Staatsoberhauptes aus der Welt zu schaffen.

Oft genug hat Richard von Weizsäcker den CDU-Chef als kleinlich und nachtra-

gend erlebt. Er sorgt sich, daß der Kanzler trotzig auf die Demütigung reagiert, in Moskau die Fürsprecher von Weizsäcker und Genscher zu brauchen.

Des Präsidenten ungute Ahnungen trogen nicht. Empört reagierten die Sowjets, als Kohl beim Besuch des israelischen Außenministers Schimon Peres die Lage der zwei Millionen Juden in der Sowjet-Union mit der der Deutschstämmigen dort verglich – so als wolle er eine Auswanderungskampagne für die Rußland-Deutschen in Gang setzen.

Kurz vor der Abreise mußte der Kanzler vor dem CDU-Wirtschaftsrat mal wieder Stänkereien in Richtung Osten loswerden: „Wir haben keinen Grund, uns Illusionen hinzugeben: Es ist nicht erkennbar, daß die sowjetische Führung innenpolitisch den Weg zur rechtsstaatlichen Demokratie und außenpolitisch den Weg zur Selbstbestimmung freigeben will.“

Die Prawda jaulte: „Feindselige Blitze“, Kohl sei wegen „politischer Blindheit“ ein „klinischer Fall für den Augenarzt“.

Auch in der Spitze des Bonner Auswärtigen Amtes hieß es: „Ein Tritt in von Weizsäckers Hacken.“

Denn in den für die Moskau-Reise gefertigten Sprechvorlagen des Präsidenten war das genaue Gegenteil der Kanzlerworte aufgeschrieben: Eine offener, demokratischere Sowjet-Union sei von Vorteil und verdiene von Bonn aus einen Vorschub an Vertrauen. Und weiter wird von Weizsäcker sagen: Er habe Vertrauen, daß das neue Denken nicht nur ein taktisches Manöver sei, um den Klassenfeind zu täuschen.

Gegen Weizsäckers Reisebegleiter Genscher zielten Kohls Worte, es gelte erst einmal auszuloten, wie weit die Bereitschaft Moskaus zum Abbau von Spannungsursachen wirklich gehe: „Wir müssen verhindern, daß sich neue Le-

Die Rede

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag



anlässlich des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation

Präsidentenrede zum 8. Mai (Schallplatte)
Moralische Instanz

„Näher den Grünen als Kohl“

Wie der Bundespräsident in Bonn mit Politikern aller Parteien umgeht

Als Waltraud Schoppe, Bonner Fraktionssprecherin der Grünen, wieder in den Zeitungen las, wie der Kanzler sich gegen die Abrüstungsvorschläge Michail Gorbatschows sperrte, kam ihr der Gedanke: „Mein Gott, ich muß mit dem Bundespräsidenten sprechen.“

Gemeinsam mit dem Fraktionskollegen Alfred Mechttersheimer schrieb sie einen Brief an Richard von Weizsäcker mit der Bitte um ein Gespräch. Mittwoch letzter Woche, kurz vor der Moskau-Reise des Präsidenten, luden die beiden ihre Sorgen beim Hausherrn der Villa Hammerschmidt ab.

Sie bedauerte, sagte Frau Schoppe zum Schluß, daß die Zeit vorbei sei. Gerne hätte sie noch über die Unions-Vorwürfe gesprochen, die Grünen seien keine demokratische Partei. „Ein interessantes Thema“, fand Weizsäcker, „darüber sollten wir uns wirklich mal unterhalten.“

Solche Vertraulichkeit zwischen Staatsoberhaupt und Staatsverächtern werden seit langem in der Union mit größtem Mißmut verfolgt. Hat nicht Alfred Dregger, der Fraktionsvorsitzende, entschieden, diese Grünen, die Gesetze nicht anerkennen und der Gewalt nicht abschwören, seien „keine demokratische Partei“? Hatte nicht CDU-Geschäftsführer Rudolf Seiters erklärt, „die gehören gar nicht ins Parlament“?

Der Präsident aber geht mit diesen Grünen so um, als wären sie Demokraten. „Der hat keine Berührungsängste“, lobt Joschka Fischer. Das erbittert viele in der Union bis hinauf zu Helmut Kohl – aus ihrer Sicht sogar verständlich.

Denn der Präsident ist zum Kronzeugen gegen den Kanzler und große Teile der Union geworden. Genscher nutzt ihn als Stütze für die Kontinuität der sozial-liberalen Außenpolitik. Als moralische Autorität vertritt er die besseren Deutschen. Und mit dem unverkrampften Verhältnis zu den parlamentarischen Quereinsteigern setzt sich Weizsäcker auch noch in Widerspruch zur Unionslinie der Ausgrenzung. Das Präsidialamt – eine Art Klagemauer.

Beim Präsidenten durften die Grünen nicht nur vor der Moskau-Reise ihre Wünsche und Sorgen vortragen. Fischer, Otto Schily und Trude Unruh waren im Garten der Villa Hammerschmidt die gerngesehenen Stars einer Jugendfete.

Als Antje Vollmer im Bundestag eine bemerkenswerte Rede zur Deutschlandpolitik gehalten hatte, lud Weizsäcker sie zu sich. Mit ihr sprach er auch über seine Rede zum 40. Jahrestag der Kapitulation. Zu ihr ging er auf dem Frankfurter Kirchentag in die Bibel-Arbeit zum

Thema „Feministische Theologie“ und blieb eine ganze Stunde.

Während seine Parteifreunde die politischen Abweichler in die Nähe von Gewalttätern und „Faschisten“ (Kohl) rücken, sucht der Präsident mit Frau Vollmer und dem ehemaligen RAF-Anwalt Schily nach Wegen, wie reuigen Terroristen der Weg zurück in die Freiheit zu ermöglichen sei.

Vorgänger Gustav Heinemann hatte 1973 schon einmal einen Terroristen, Karl-Heinz Ruhland, begnadigt. Heinrich Böll hatte Weizsäcker zum Amts-

Zimmermann sagte ab. Sein Staatssekretär Horst Waffenschmidt schnappte ein, als ein Präsidialbeamter ihn vor der 40-Jahr-Feier der Republik mahnte, alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen: „Mir war schon klar“, so Waffenschmidt, „daß kein CDU-Parteitag organisiert wird.“

Vor allem aber hat es der Präsident mit vielen, die ihn einst wählten, verdorben, weil er sie mit seinen moralischen Höhenflügen auf ein Verständnis von Geschichte und auch praktischer Politik festzulegen suchte, das sie nicht teilen.



Weizsäcker, Grünen-Minister Fischer 1986*: „Der hat keine Berührungsängste“

antritt das Nachdenken darüber empfohlen, ob nicht manchmal „Gnade vor Recht angebracht“ sei. Weizsäcker verstand.

„Er ist ein Konservativer, aber kein parteipolitisch bornierter Vertreter“, meint Schily voller Respekt. Gerade deswegen ist er bei vielen seiner eigentlichen Freunde zum Ärgernis geworden.

Übel haben sie vermerkt, daß der Präsident unter dem hehren Vorwand der Überparteilichkeit Partei ergreift. Er erhebe den Anspruch, alle gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten, aber vornehmlich suche er Sozialdemokraten und gar Grünen zu gefallen.

Beim Jugendschachturnier wollte er nur teilnehmen, wenn auch Schily mitmachte. Innenminister Friedrich

* Beim Jugendempfang des Präsidenten.

Er habe mit seinen Reden „das Koordinatensystem verschoben“.

Mit der Vorstellung, der 8. Mai 1945 sei ein „Tag der Befreiung“, das „Verständigungsgebot“ mit den östlichen Nachbarn sei den „widerstrebenden Rechtsansprüchen überzuordnen“, der Völkermord an den Juden sei „beispiellos“, und mit seiner Verbeugung vor dem „Widerstand der Kommunisten“ reizte er nicht nur die Vertriebenen.

In seiner Rede vor Kommandeuren der Bundeswehr äußerte er – ganz im Sinne des intimen Kohl-Gegners Kurt Biedenkopf – Zweifel an dem „paradoxen Denksystem“ der gegenseitigen Bedrohung mit atomarer Vernichtung. Nach dem Supergau in Tschernobyl riet er zum „Innehalten“ beim Ausbau der Kernenergie.

„Er hat manches übernommen, was uns lieb und teuer ist“, wundert sich Joschka Fischer, und mit seinem Staatsverständnis sei er „näher den Grünen als Kohl: nicht Nato, sondern Auschwitz als Staatsräson“.

Was Kohl oder auch Franz Josef Strauß verbittert: Öffentlich können sie dem Staatsoberhaupt, das gebietet die Würde des Amtes und die Vernunft, nicht richtig widersprechen. Und ohnmächtig müssen sie zusehen, wie der „Spezialwissensträger“ (Strauß) sie alle an Ansehen drinnen und in der Welt weit hinter sich läßt.

Kohl, Strauß und ihresgleichen bleiben nur die öffentliche Umarmung, ein paar Sticheleien – oder das Schweigen. Einzig ein paar Hinterbänkler wie Lorenz Niegel, Herbert Czaja oder Jäger (Wangen) wagten sich weiter vor. Intern aber artet das Gerede allmählich in Bösartigkeiten aus.

Kohl brachte, trotz Drängens seiner Berater, lange Zeit kein Wort zur 8.-Mai-Rede über die Lippen. Strauß pries ihn zwar als „Idealbild eines Staatsoberhauptes“, lästerte aber – ohne Namen zu nennen – über die „ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßer-Aufgabe“. Und süffisant hieß er ihn im TV einen „Liebling der Medien“ und „Meister des Wortes“.

Weizsäcker läßt sich locker auf dieses Spiel ein. Strauß schickte er zu dessen 70. Geburtstag die Aphorismen von Lichtenberg, einem „wirklichen Meister des Wortes“, und er wünschte dem Jubilar „die Kraft, auch in Zukunft nicht Liebling der Medien zu sein“.

Aber Weizsäcker spürt auch, daß er das Spiel nicht überreizen darf. Als er den CSU-Landesgruppenleiter Theodor Waigel bei einem Empfang anging, er sehe ihn so wenig, kam der auf den Punkt: „Ich käme öfter, wenn auch mal was Gutes über andere staatstragende Kräfte zu hören wäre.“

Jetzt, so seine Gegner erbost, hat der Präsident sein Bedürfnis nach Andersartigkeit mit höheren Weihen des Amtes zur moralischen Instanz ausgebaut. Von dort aus verkünde er, ein Mitläufer bei allen Modetorheiten wie auch andere Mitglieder seiner Familie, die neuesten Marotten des Zeitgeistes.

Da wird unter hessischen CDU-Abgeordneten gelästert, Weizsäcker habe es glänzend verstanden, seine eigene Vergangenheit als Mitglied eines adligen Eliteregiments vergessen zu lassen. Seinen Vater, der vom Nürnberger Gerichtshof doch als einstiger Staatssekretär verurteilt wurde, habe er zum Widerstandskämpfer stilisiert.

Doch die andere Seite sieht das Positive: Wenn er so manches früher gewußt hätte, meint Grünen-Geschäftsführer Hubert Kleinert, „hätte ich ihn auch gewählt“.



Weizsäcker-Partnerin Antje Vollmer
Gemeinsam bei der Bibelstunde

genden von angeblich verpaßten Chancen bilden.“

Das war die Antwort des Kanzlers auf eine Grundsatzrede seines Vize Anfang Februar in Davos:

Wenn es heute die Chance geben sollte, daß nach 40 Jahren Konfrontation im Ost-West-Verhältnis ein Wendepunkt erreicht werden könnte, dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn der Westen die Chance vorübergehen ließe, nur weil er sich nicht aus einem Denken lösen kann, das beim Blick auf die Sowjet-Union immer nur einzig und allein den schlimmsten Fall anzunehmen vermag.

Noch eine Kohl-Reaktion: In letzter Minute drückte der Kanzler seinen Regierungssprecher Friedhelm Ost in die Präsidentendelegation, damit er über das Treiben der Moskau-Fahrt stets informiert bleibt. Dieser Ost-Kontakt gilt dem Präsidenten als weiteres Indiz für seinen Argwohn, mit Kohls Kooperationsbereitschaft sei es nicht so weit her.

Wundern darf sich der Präsident darüber nicht. „Wenn von Weizsäcker und ich nach Moskau fahren“, hat Genscher gehämt, „dann sind wir die Regierung.“ Und längst auch ist dem Kanzleramt zu Ohren gekommen, wie beliebt bei der Weizsäcker-Crew inzwischen dieser Trinkspruch ist: „Happy newweek to you“; Kohl zur Schmach.

Weil der Präsident aber weiß, daß Ostpolitik auf Dauer nicht am Kanzler vorbei oder gar gegen ihn zu führen ist, nutzte er einen auch sonst gern angewandten Trick. Wenn sein hohes Amt ihm offenen Streit verbietet oder wenn ihm mangels Kompetenzen unmittelbarer Einfluß auf die operative Politik verwehrt ist, sucht er sich unter Parteipolitikern Verbündete und läßt sie in seinem Sinne handeln oder sprechen (siehe

Kasten Seite 22). Denn anders als seine Vorgänger will er nicht nur schön reden; er sorgt dafür, daß danach auch etwas geschieht.

Kämpft etwa Kohl noch gegen die Null-Null-Lösung, die der Präsident für richtig hält, darf Genscher als Befürworter von Doppel-Null der mehr oder minder offenen Unterstützung durch den Präsidenten sicher sein. Und je mehr Fehler der CDU-Kanzler macht, desto leichter kann sich der CDU-Präsident um die Richtlinien der Politik kümmern.

So auch jetzt. Als wichtigsten Verbündeten, um den Kanzler auf Entspannungskurs zu bringen, hat der Präsident CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gewonnen. Den stört seit längerem jene „merkwürdige Arbeitsteilung in der Koalition“, wonach die Union das wenig populäre Geschäft der Verteidigungspolitik betreibe, „die FDP flattert dagegen als Friedenstaube in der Welt herum“.

Längst auch ärgert den Manager, daß die CDU nicht viel stärker mit dem Pfund des Bundespräsidenten wuchert, dieses „guten CDU-Menschen“ (Geißler). Wer das verhindert, weiß Geißler auch: Helmut Kohl, der dem Präsidenten die so viel größere Popularität mißgönnt und dem selbständigen Kopf mißbraut.

Darauf bedacht, die CDU für Wählerschichten der linken Mitte zu öffnen, sieht Geißler im Spannungsfreund von Weizsäcker eine Art Willy Brandt, bestens geeignet als Symbolfigur einer anderen, neuen CDU – und der Präsident sieht das wohl ähnlich (Seite 25).

„Der Bundespräsident ist einer, der aus den Reihen der CDU kommt und dessen Politik und Auffassungen unsere



Weizsäcker-Kritiker Waigel
„Sonst käme ich öfter“

nachhaltige Unterstützung haben“, stellte Geißler am vorletzten Wochenende auf einer Parteiversammlung in Herne klar.

Ungeachtet „zuweilen irritierender Äußerungen aus den Reihen der Regierung“, so Geißler jetzt in Bonn, steht die Partei auch zu von Weizsäcker's Absicht, Gorbatschows neuen Kurs wohlwollend zu stützen. Der CDU-General: Vom Westen müsse alles getan werden, was möglich sei, um die sowjetische Seite zu fördern, trotz aller Fragen, die man an Gorbatschows neuen Kurs richten könne. Was die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag von 1981 beschloß, als sie die Rolle des ewigen Nein-Sagers in der Ostpolitik aufgab und die Koalition mit den Freidemokraten vorbereitete, soll nun wieder propagiert werden. Zum Beispiel: „Die CDU ist zu einem konti-

Regierungschefs sein solle: Vor allem ändern müsse der Kanzler die Beziehungen zur Sowjet-Union weiterentwickeln, verbessern, ausbauen.

„Auf der Grundlage unserer im Bündnis geschützten Freiheit müssen wir unsere Anstrengungen auf ein gutes Verhältnis zur östlichen Führungsmacht konzentrieren. Das ist unsere wichtigste Aufgabe“, hätte Kohl, wenn er denn interessiert gewesen wäre, aus der Feder des Bundespräsidenten lernen können.

„Die Russen lesen das, bei uns liest das ja keiner“, so von Weizsäcker über seine politischen Ziele, wie er sie im Vorwort des 1983 erstmals veröffentlichten Buches „Die deutsche Geschichte geht weiter“ bündelte. Und selbst wenn Kohl Kenntnis genommen hätte – er hat den Rat ignoriert und über Jahre das Verhältnis zur östlichen Führungsmacht

Überzeugung leiden Demokratien eher unter zuwenig als unter zuviel Führung.“

Immer wieder sind es die groben Patzer Kohls, seine schwerwiegenden Versäumnisse, die dem Präsidenten Gelegenheiten zum großen Auftritt und zum Kontrastprogramm des guten Deutschen liefern. „Wenig Macht, viel Autorität“, beschrieb Pressesprecher Friedbert Pflüger die Position des Chefs.

Damit ist, paradoxerweise, Kohl wider Willen wichtigster Helfer des mißgünstig beäugten Präsidenten. Nicht zuletzt der Kanzler hat durch seine Fehler und Pannen von Weizsäcker zu einer moralischen Instanz erhöht, zu einem Machtfaktor, an dem auch der Kanzler nicht mehr vorbei kann.

Von Weizsäcker versteht es, solche Chancen zu nutzen. Gleichzeitig achtet er darauf, sich nicht erwischen zu lassen,

wenn er Hand an die Grundlinien der offiziellen Regierungspolitik legt. Wenn Kohl etwa beim Besuch Israels die „Gnade der späten Geburt“ für sich in Anspruch nimmt, wenn er sich vor SS-Gräbern von Bitburg verbeugt, dann setzt der Präsident dagegen seine Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes wider das Vergessen – und ist sich weltweiter Beachtung gewiß.

Seit langem klagt der Präsident im Kreis enger Berater über Kohls Blackouts in der Ostpolitik. Mitte der 70er Jahre, fasziniert vom Schwung der Entspannungsoffensive Willy Brandts und Egon Bahrs, gehörte von Weizsäcker zu jener kleinen Schar aufgeschlossener CDU-

Abgeordneter, die entgegen der damaligen Unionslinie dem Vertrag mit Polen zugestimmt hatte. Seit dieser Zeit, so bedauert er, hat sich in der Ost- und Deutschlandpolitik nichts mehr getan.

Gerade Deutschlandpolitik sei Kanzlersache. Nach Brandt aber hätten die Kanzler stets Wichtigeres zu tun. Und eine Dorothee Wilms, die nach eigenem Bekunden von deutsch-deutscher Politik nichts wußte und wissen wollte, zur Innerdeutschen Ministerin zu machen, nur weil der Koalitionsproporz es so verlangte, so viel Desinteresse an der Deutschlandpolitik hätte selbst Helmut Schmidt nicht zu zeigen gewagt.

Und wieder schickt das Staatsoberhaupt Verbündete vor, da er nicht selbst von Amts wegen Fehlentwicklungen beklagen kann.

Eberhard Diepgen, Weizäckers Nachfolger als Regierender Bürgermei-



Weizsäcker-Verbündete Diepgen, Geißler: „Der gute CDU-Mensch“

nuierlichen Dialog mit der sowjetischen Führung und den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit. Dieser Dialog ist auch notwendig, um das Bewußtsein für gemeinsame Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen.“

Oder: Die CDU trete dafür ein, sämtliche Ostverträge einschließlich des innerdeutschen Grundvertrages sowie die Schlußakte von Helsinki nicht nur völker- und verfassungsrechtlich als Instrument anzuwenden, „sondern als Instrument deutscher Politik . . . zu nutzen und über den Grundsatz des Gewaltverzichts hinaus mit Leben zu füllen“. Mitglieder der Antragskommission in Hamburg: Geißler und von Weizsäcker.

Seit der ersten Wahl Kohls zum Bundeskanzler im Herbst 1982 versuchte von Weizsäcker den Pfälzer auf diese Linie zu verpflichten, ihm nahezubringen, was oberste Obliegenheit eines jeden Bonner

verschlampen lassen. Außenminister Genscher blieb in seinen Auseinandersetzungen gegen die CSU um die Kontinuität der Entspannungspolitik allein. Vom Kanzler kommen keine Konzepte, wie und zu welchem Ziel die Beziehungen Bonns zur Sowjet-Union anzulegen sind. Es fehlt an Ideen, wie es denn mit der DDR weitergehen soll, wenn jetzt die im Grundlagenvertrag verabredeten Abkommen über Umweltschutz oder Kulturaustausch abzuhaken sind.

Ostpolitik, Deutschland- und Berlinpolitik – das liegt dem Pfälzer nicht, das interessiert ihn nicht wirklich. Von Kohlscher Führungskraft auch hier keine Spur, klagen Präsident und Genscher. Von Weizsäcker zielte auf Kohl, als er jetzt auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Oldenburg anmerkte: „Manche Leute meinen, Demokratie verträge Führung nicht. Nach meiner

ster von Berlin und mit dem Bundespräsidenten häufiger als mit dem Kanzler im vertraulichen Gedankenaustausch, macht aus seinem Unmut über die Konzeptionslosigkeit der Kohl-Regierung keinen Hehl. Vor dem Hamburger Übersee-Club sprach er 1986 an, was auch von Weizsäcker bedrückt: ob es beim „Durchwursteln in der Deutschlandpolitik“ bleibe, wo denn statt Illusion „Perspektiven der Deutschlandpolitik, die realistisch und auch wünschenswert sind“, zu sehen seien.

Der von Kohl geführten CDU hielt Diepgen vor, sie habe noch immer nicht vollen Anschluß in der Ostpolitik gefunden: Es würden erneut „die Debatten der siebziger Jahre“ geführt: „Insbeson-

dere in meiner Partei sind wir manchmal in einer Phase, in der vielfach erst jetzt die gedanklichen Ansätze und die politischen Konsequenzen der Ostverträge verarbeitet werden.“ Oder: „Die Überwindung der Teilung steht nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik.“ Oder: „Wir können kein Interesse daran haben, die DDR zu destabilisieren.“

Im Gegensatz zum Kanzler hält der Präsident etwa auf Vertriebenentreffen keine Sonntagsreden zur Wiedervereinigung. Er will direkt bei Gorbatschow die deutsche Frage ansprechen: nicht als Problem einer deutschen Einheit, lieber redet er vom Recht auf Selbstbestimmung, bei dem ja nicht unbedingt eine

Wiedervereinigung herauskommen müsse. Freilich ist der Präsident darauf gefaßt, dazu nichts wirklich Neues von den Russen zu erfahren.

Und er will nicht nur reden. Er will sich auch bemühen, einen starken Verbündeten für seine Politik der Zusammenarbeit mit den Sowjets zu gewinnen, der Kohl auf Trab bringen soll.

Weizsäcker will Gorbatschow bitten, es der DDR gleichzutun und einen Führer des rechten deutschen Lagers zu empfangen. Der Sowjetmensch soll dem Franz Josef Strauß einen langgehegten Herzenswunsch erfüllen und ihn nach Moskau einladen.

„Der Vergleich ehrt mich“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über Richard von Weizsäcker und Willy Brandt

Die Frage, welcher westdeutsche Politiker wegen seiner klaren antifaschistischen Haltung im Ausland mit besonderem Respekt behandelt wird, ist in den vergangenen 20 Jahren so leicht zu beantworten gewesen, daß sie nicht einmal mehr für eine Fernseh-Quiz-Sendung taugte. Wer gilt als „Mann des Friedens“, und wer wird als „der gute Deutsche“ in der Presse gefeiert? Richtig, Willy Brandt.

Vor drei Wochen noch geschah das in Athen. Aber schon eine Woche später bedachten die Kulturministerin Melina Mercouri und nahezu alle griechischen Zeitungen Richard von Weizsäcker bei seinem Staatsbesuch mit ebendiesen Etiketten. Und nach einer Ehrung griechischer Opfer der Nazi-Herrschaft an der kargen Gedenkstätte Kaissariani vor den Toren Athens fühlten sich ergriffene Griechen gar an Brandts Warschauer Kniefall erinnert. Der Bundespräsident, wohl gewahr, daß der brutale Ort nicht geeignet war zum Austausch von Nettigkeiten und pathetischen Floskeln, dankte deutlich bewegt: „Der Vergleich ehrt mich.“

Überrascht haben kann er ihn nicht. Wo immer Richard von Weizsäcker seit seiner Bundestagsrede zum 8. Mai in den vergangenen zwei Jahren auftauchte, besonders in Israel und in den einst von den Hitler-Heeren

besetzten Ländern Holland und Norwegen, ist er in einer Weise geehrt und geachtet worden, die bisher allein dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt vorbehalten schien. Hans-Dietrich Genscher, feinfühlig für vorteilhafte öffentliche Reaktionen, hat schon vor einem Jahr angemerkt, daß der Präsident dem sozialdemokratischen Ex-Kanzler an Ansehen und moralischer Qualität nachzuzufolgen beginne.

Was bisher einer kleinen Schar von ständigen Präsidentenbegleitern aufge-

fallen ist – mit Irritationen eher denn mit Begeisterung –, dürfte mit dem Staatsbesuch Richard von Weizäckers in der Sowjet-Union in dieser Woche für alle unübersehbar werden. Denn bei dem Versuch, „unser Verhältnis zur Sowjet-Union in eine bessere Ordnung zu bringen“, folgt Weizsäcker ausdrücklich dem Schöpfer der Ostpolitik. „Brandt gab dem Gedanken einen vertraglich verbindlichen Rahmen“, schrieb der Präsident 1983: „Aber die Aufgabe selbst ist noch nicht gelöst. Sie steht auf der au-



Präsident Weizsäcker, Besucher Brandt: Geachtet und geehrt als gute Deutsche